

Gesinnungspolizei: Suhrkamp distanziert sich von eigenem Autor



Von R.B. | Vor der Leipziger Buchmesse (ab 15. März) spitzt sich die Diskussion um Flüchtlingskrise und Meinungsfreiheit zu. Im Fadenkreuz der Meinungspolizei ist aktuell der vielfach ausgezeichnete ostdeutsche Autor Uwe Tellkamp (Der Turm, 2008). Der Suhrkamp-Verlag hat sich von ihm distanziert und damit praktisch eine Abmahnung getwittert.

Aber fallen lassen will er ihn nicht. Geschäft ist schließlich Geschäft.

Suhrkamp twitterte: „Aus gegebenem Anlass: Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln.“

Vorausgegangen war eine Diskussionsveranstaltung im Dresdner Kulturpalast. Der 49-jährige Tellkamp und der Dichter Durs Grünbein hatten sich einen verbalen Schlagabtausch zur Flüchtlingspolitik und Meinungsfreiheit geliefert.

Tellkamp, hier ab Minute 32.00:

Bereits zum Einstieg skizzierte Tellkamp eine Kette von Ereignissen und Aktionen der Mundtotmachung, viele davon an deutschen Universitäten, in Zeitungen und Talkshows, die belegen sollten: Die Medien messen mit zweierlei Maß,

Meinungsunterdrückung ist an der Tagesordnung, der Irrsinn wird zur Normalität, der gesunde Menschenverstand zur Krankheit erklärt. Tonangebend ist die politisch korrekte elitäre Klasse. Eine Schmonzette quittierte das mehrere hundert Besucher zählende Publikum mit spontanem zustimmenden Gelächter und Applaus: bei Plasbergs „Hart aber fair“ hatte NRW-Wahlsieger Laschet (CDU) gesagt. „Das SED-Regime hat die Gehirne der Ostdeutschen nachhaltig beschädigt“. Ein Zuschauer kommentierte anschließend: „Schön zu erfahren, wie Laschet über seine Chefin spricht“

Zum Beweis für die einseitige Berichterstattung nach Grenzöffnung verwies Tellkamp auf die Studie der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall, die 30.000 Medien ausgewertet hatte und eine tendenziöse Berichterstattung pro Flüchtlingspolitik festgestellt hatte.

Tellkamp verwahrte sich entschieden gegen die ständige Verdrehung von Ursache und Wirkung in der medialen Öffentlichkeit. Zuerst seien die Europa- und Finanzkrise dagewesen, in deren Folge sich 2013 die AfD gegründet habe, dann die Flüchtlingskrise mit ihrer verschärfenden Problematik. „So wird ein Schuh draus“, sagte der Autor unter dem Applaus der Zuhörer, und legte mit harten Fakten nach: im Bundestag habe es bei den entscheidenden Debatten noch nicht einmal Opposition der Linken gegeben. Der Bundestag sei bis heute nicht zur Grenzöffnung gefragt worden. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages habe dazu festgestellt, dass das Prinzip der Gewaltenteilung, der sich auch eine Kanzlerin unterwerfen müsse, verletzt worden sei, weil Merkel bis heute nicht darüber habe entscheiden lassen.

Die Leute spürten seit zwei Jahren das herablassende Gerede zu abweichenden Meinungen und wehrten sich dagegen. Viele Journalisten sind und waren von vorneherein auf Regierungslinie, sagte Tellkamp. An die Adresse Heribert Prantls von der Süddeutschen Zeitung richtete Tellkamp den Vorwurf, dass Prantl den Ostdeutschen die Demokratiefähigkeit

abgesprochen habe, ausgerechnet den Leuten, die auf der Straße 1989 für Demokratie gekämpft hätten.

Die niveaulose Reaktion des Suhrkamp-Verlages gegenüber Tellkamp zeigt zum einen den Mangel an Solidarität und Fürsorgepflicht gegenüber den „eigenen“ Autoren, zum anderen die Nervosität und Verunsicherung in der Buch- und Medienbranche. Nach den Angriffen gegen rechte Verlage auf der Frankfurter Buchmesse 2017 hatten Autoren, Publizisten und Buchhändler aus Dresden und anderen Städten schwere Vorwürfe gegen den Börsenverein des Deutschen Buchhandels erhoben. In dem Appell „Charta 2017“ hieß es:

Wenn ein Branchen-Dachverband [...] darüber befindet, was als Meinung innerhalb des Gesinnungskorridors akzeptiert wird und was nicht, wenn gar zu, aktiver Auseinandersetzung' mit missliebigen Verlagen unter Nennung ihrer Standnummer aufgerufen wird und diese dann im ‚Kampf gegen Rechts‘ beschädigt und ausgeräumt werden – dann ist unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt.

Ihre Gesinnung von Meinungsfreiheit brachten knapp eine Woche vor Beginn der Buchmesse Studierende und Beschäftigte deutschsprachiger Literaturinstitute u.a. aus Leipzig und Hildesheim zu Gehör. Sie kritisierten die Teilnahme rechter Verlage an der Messe. Sie warfen der Messeleitung vor, „eine Mitverantwortung für die Normalisierung rassistischer und sexistischer Positionen im Parlament und auf der Straße zu tragen“

Dazu passt, dass die Messeleitung die sogenannten neurechten Buchverlage auf der Grundlage der „Besuchersicherheit“ und im Rahmen eines Sicherheitskonzeptes geschlossen in einem Block des Veranstaltungsgeländes auf der Leipziger Buchmesse positioniert hat. Unter anderem werden das „Compact Magazin“ und der Verlag „Edition Antaios“ ausstellen. Die Zeitschrift

„Junge Freiheit“ hat wegen der „einseitigen und ungünstigen Standplatzierung“ ihre Teilnahme abgesagt. Da klingt es wie Hohn, wenn der Direktor der Buchmesse, Oliver Zille, betont, dass sich die Buchmesse als Ort der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt versteht.